

Antwort auf die Krise: Eine deutsch-französische Umweltpolitik

Patricia M. I. Hammer und Georges-Henri Lion¹

Obgleich auf unterschiedliche Weise betroffen, blieben weder Deutschland noch Frankreich von der internationalen Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 verschont. Das französische Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank im Vergleich zur Zeit vor der Krise um 2,2 Prozent, der Vergleichswert in Deutschland sogar um 5,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland auf 7,5 Prozent, in Frankreich auf 10,1 Prozent (Schätzung Ende 2009).²

Dennoch suchten beide Länder bis heute keine gemeinsame Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Zwar hatte der französische Präsident Nicolas Sarkozy Bundeskanzlerin Merkel im Oktober 2008 die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie vorgeschlagen, doch schien Merkel zu diesem Zeitpunkt ein gemeinsames Handeln abzulehnen. Seitdem entwickelten die beiden größten Volkswirtschaften Europas unabhängig voneinander eigenständige nationale Konjunkturprogramme. Frankreich erzielt durch ein in erster Linie auf die Unternehmen zielendes Konjunkturprogramm ein BIP von 1,3 Prozent. Deutschland reagierte zwar etwas später als der französische Nachbar, dafür aber mit einem umfangreicheren Konjunkturprogramm auf die Krise, das unter anderem durch eine finanzielle Erleichterung für Familien ein BIP von 3,5 Prozent ermöglichen soll.

Die mangelnde Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich steht dabei in deutlichem Gegensatz zur Notwendigkeit einer engen Koordination der Wirtschaftspolitiken in ökonomischen Krisenzeiten. Deutschland und Frankreich stellen als stärkste Volkswirtschaften Europas die zentralen Akteure des größten Markts der Welt dar und garantieren damit die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung.

Zwar scheint sich zu Beginn des Jahres 2010 eine wirtschaftliche Erholung anzukündigen, doch sind die Folgen der Krise noch lange nicht überstanden. Insbesondere die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden bisher durch Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld oder den *chômage partiel* lediglich verschoben. Noch während der nächsten Jahre könnten ein anhaltend schwaches Wachstum und die Defizite des öffentlichen Haushalts in Deutschland und

¹ Patricia M. I. Hammer ist Diplom Ingenieurin (Raumplanung). Georges-Henri Lion ist Beauftragter für Steuerwesen im französischen Ministerium der Finanzen. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

² Eurostat.

insbesondere in Frankreich die wirtschaftlichen Probleme verstärken. Um diesen zu begegnen, ist es nötig, neue deutsch-französische Strategien zu entwickeln.

Stabilisierung der öffentlichen Haushalte

Die Wirtschaftskrise hat die öffentlichen Haushalte beider Staaten stark erschüttert. Die Staatsverschuldung, die in Deutschland im Jahr 2007 noch 65 Prozent des BIP betrug, soll im Jahr 2010 auf 78 Prozent steigen. Mit einem Anstieg von 64 auf 78 Prozent liegt die Zunahme in Frankreich sogar noch höher. Nur durch diese starke Steigerung der Staatsverschuldung erwies sich eine Finanzierung der Konjunkturprogramme als möglich. Immerhin aber sahen sich beide Staaten angesichts der aktuellen Krise überhaupt zum Handeln in der Lage. Wenn jedoch nun keine Maßnahmen gegen die steigende Staatsverschuldung eingeleitet werden, werden beide Staaten bei der nächsten Rezession gezwungen sein, die italienische Strategie der Krisenreaktion zu übernehmen: Keiner der beiden Staaten wäre in der Lage, eigenständige Konjunkturprogramme zu finanzieren und daher gezwungen, auf die positiven Auswirkungen der Programme ihrer wirtschaftlichen Partner zu hoffen.

Eine weitere Verschlechterung der Haushaltssituation in Deutschland und Frankreich würde zudem Risiken für die europäische Gemeinschaftswährung bergen. Der bisher von den großen Volkswirtschaften auf andere Mitgliedstaaten ausgeübte Druck zur Stabilisierung des Euro würde an Glaubwürdigkeit verlieren. So formulierte der luxemburgische Premierminister und Präsident der Eurogruppe Jean-Claude Juncker: „Wie sollen die Regierungschefs von Luxemburg, Belgien oder Österreich ihren Bürgern einen Sparkurs noch erklären, wenn sich Deutschland und Frankreich nicht daran halten?“³ Langfristig bestünde zudem die Gefahr, dass andere Akteure dazu verleitet werden, auf dem Anleihenmarkt gegen den Euro zu spekulieren.

Die beiden größten Volkswirtschaften der EU sollten daher im Rahmen ihrer Haushaltspolitik ein Zeichen setzen um die Steuerzahler, die Partner der Eurozone und die Investoren in öffentliche Anleihen zu beruhigen. Auch die im Folgenden vorgestellte Idee einer deutsch-französischen Antwort auf die Wirtschaftskrise soll nicht allein auf die Gegenwart, sondern vor allem auf eine nachhaltige künftige Entwicklung zielen, die auch für kommende Generationen von Nutzen sein könnte.

³ Interview Handelsblatt, 27. Oktober 2009.

Eine gezielte deutsch-französische Investitionspolitik bringt Wettbewerbsvorteile in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren

Ziel einer nachhaltigen Strategie der Krisenreaktion in Deutschland und Frankreich muss es sein, durch die Steigerung des Wettbewerbs zwischen Unternehmen ein nachhaltiges Wachstum zu fördern und durch eine gerechte Wohlstandsverteilung die Binnennachfrage zu stützen.

Nicht jede konjunkturpolitische Maßnahme zielt dabei jedoch zugleich auf einen Nutzen für kommende Generationen. Insbesondere Investitionen im Ökologie-Sektor zeichnen sich daher gegenüber anderen Investitionsformen durch einen zusätzlichen Aspekt aus: Die Umweltgüter und -dienstleistungen tragen nach einer Beschreibung der OECD dazu bei, Umweltschäden wie Wasser-, Luft- und Bodenverschmutzung sowie die Abfall- und Lärmproblematik im Ökosystem zu messen, zu begrenzen oder zu korrigieren. Das Bundesministerium für Umwelt schätzte im Jahr 2007 das Volumen des Umwelttechnologiemarktes auf etwa 1000 Milliarden Euro. Aufgrund dessen schlagen die Autoren vor, die Investitionen auf zwei Teilbereiche des Sektors zu konzentrieren.

Den ersten Teilbereich stellt die Stadtplanung dar. Hierbei werden Aufträge an deutsche und französische Unternehmen vergeben, die Nachhaltigkeitskonzepte für Städte entwickeln sollen. Bei den Auftragnehmern kann es sich dabei ebenso um große Konzerne – wie Veolia oder Suez – wie um kleinere, innovative Unternehmen handeln. In diesem Kontext wurde von einer von der Europäischen Kommission gebildete Jury für das Jahr 2010 erstmals der Titel „Europäische Umwelthauptstadt“ (*European Green Capital*) an Stockholm verliehen. Die schwedische Hauptstadt hat den Kohlendioxidausstoß pro Einwohner gegenüber dem Jahr 1990 um 25 Prozent verringert, ein innovatives, unterirdisches Abfallsystem realisiert und ein Mautsystem eingeführt. Auch Deutschlands größte Hafenstadt, Hamburg, hat seit 1990 ihre CO₂ Emissionen um 15 Prozent verringert und wird den Titel im Jahr 2011 tragen. Dank des Projekts „Grand Paris“ könnte sich auch die französische Hauptstadt mittelfristig um die Auszeichnung bewerben.

Der zweite Teilbereich ist der Sektor der erneuerbaren Energien. Weltweit wurden im Jahr 2006 18 Prozent des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt (gegenüber 79 Prozent aus der Verbrennung fossiler Energieträger und drei Prozent Atomenergie). Der Sektor beschäftigt nach Angaben der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) 2,4 Millionen Menschen. Die IRENA wurde im Januar 2009 auf deutsche Initiative gegründet um die weltweiten Entwicklung des Sektors zu fördern. Im Gegensatz zur Internationalen Energie-

Agentur⁴ versteht sich die IRENA, die derzeit 138 Mitglieder zählt, als eine „Nord-Süd Organisation“, so die französische Generaldirektorin Hélène Pelosse.

Im Kontext der Förderung erneuerbarer Energien steht auch das Energieprojekt Desertec. Geplant ist der Aufbau eines Stromnetzes zum Transport von in Wüstenregionen erzeugtem Strom aus Solar- und Windenergie. An dem Projekt sind insbesondere deutsche Unternehmen wie Siemens und RWE, aber auch der französische Energieversorger EDF beteiligt. Das Projekt würde die Solidarität Nord- und Südeuropas im Energiesektor fördern und zugleich ein konkretes Vorhaben im Rahmen der Union für das Mittelmeer darstellen, die im Jahr 2008 auf französische Initiative gegründet wurde. Angesichts der hohen Kosten des Desertec-Projektes, die auf 400 Milliarden Euro geschätzt werden, sollte im Rahmen der Projektkonzeption auf Wirtschaftlichkeit geachtet werden.

Ein deutsch-französisches Ökosteuersystem fördert Wachstum

Neben innovativen wirtschaftlichen Projekten scheint eine umfassende Steuerreform notwendig, um den finanziellen Spielraum der deutschen und französischen Regierung wieder zu erhöhen und die öffentlichen Umwelt-Investitionen zu begleiten, welche die Basis für künftiges Wachstum bilden. Der Verbrauch soll hierbei nunmehr als Steuerbemessungsgrundlage dienen. Es wird vorgeschlagen eine Umwelt-Steuer, genannt CO₂-Steuer, einzuführen, die beim Verkauf eines Produkts erhoben wird. Jedes Unternehmen, das ein Produkt auf dem französischen und deutschen Markt verkauft, stünde damit in der Pflicht, Angaben zur Ökobilanz zu machen. Konkret würde dabei der Indikator CO₂ gewählt, der derzeit bereits von einzelnen Wirtschaftsbranchen, insbesondere der Lebensmittelindustrie, verwendet wird. Dieser Indikator beschreibt die für die Produktion und den Transport eines Guts bis zum Verkaufsort verursachten CO₂-Emissionen.

Um eine objektive Erhebung des CO₂-Wertes zu garantieren, müssten unabhängige, offiziell zugelassene Institutionen mit den Messungen betraut werden (z.B. das Institut *écocert* für biologische Landwirtschaft oder den Stromverbrauch von Haushaltsgeräten). Die beiden nationalen Umweltagenturen, die französische *ADEME* und das deutsche Umweltbundesamt, würden gemeinsam Regelungen zur Berechnung des Indikators festlegen und die Zertifizierungsstellen zulassen und kontrollieren, an die sich Unternehmen wenden können.

⁴ Die IEA wurde 1973 in Folge der Ölkrise gegründet. Ihr gehören 28 Staaten an.

Ein Gramm CO₂ wäre die Einheit des Kohlenstoff-Indikators. Die Höhe der Kohlenstoff-Steuer würde demnach folgendermaßen berechnet: Preis pro Gramm CO₂ x Kohlenstoff-Indikator. Eine deutsch-französische Expertengruppe würde eine Berechnungsmethode für den Preis pro Gramm CO₂⁵ und die mittelfristige Preisentwicklung erarbeiten, die dann parallel vom deutschen und französischen Parlament verabschiedet würde. Die Steuer stiege also mit zunehmender Verschmutzung, die durch die Produktion des Gutes erzeugt wird. Zudem könnte der festgelegte Preis im Laufe der Zeit angehoben werden, um Herstellern und Verbrauchern einen Anreiz zur Änderung ihres Verhaltens zu geben.

Deutschland und Frankreich sind noch nicht reif für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, ihre wirtschaftlichen wie politischen Beziehungen müssen zuvor weiter vertieft werden. Sechzig Jahre nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist es jedoch an der Zeit, gerade auch in Anbetracht der Herausforderungen durch die Finanzkrise und möglicherweise als Vorstufe einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, eine deutsch-französische Umweltpolitik zu initiieren. Für die kommenden Generationen müssen steuerliche Aspekte darin ebenso Beachtung finden wie gemeinsame Überlegungen zur Sicherung der Energieversorgung, zum Städtebau oder zur Sanierung der öffentlichen Haushalte.

⁵ Zum Beispiel in Abhängigkeit von Änderungszielen der Verhalten oder Preis auf dem CO₂-Markt.